

Manöverkriegen.

Das „Ceske Slovo“, ein einwandfrei... Man sieht wegen des Regens nicht 500 Schritte weit.

Die deutschen Minister und die Militärverträge.

Sie wollen sich um die Verantwortung drücken.

Der Ministerrat hat vorgestern die Militärkonventionen der Tschechoslowakei mit Rumänien und Jugoslawien ratifiziert.

Die Militärverträge der Kleinen Entente sind ein äußerst schwerwiegendes Dokument.

Jeder Konflikt des einen Staates mit einem seiner Nachbarn kann die Tschechoslowakei zu kostspieligen und gefährlichen militärischen Maßnahmen zwingen.

Amerikanisches Urteil über Sowjetrußland.

Berlin, 21. August. (Eigenbericht.) Einige Mitglieder der amerikanischen Delegation, die zur Information über die wirtschaftliche Lage einen längeren Besuch in Sowjetrußland gemacht hatten.

Wenn also die Amerikaner auch nichts von der politischen Anerkennung wissen wollen, so möchten sie trotzdem mit Sowjetrußland Geschäfte machen.

Bedeutet es schon ein großes Risiko durch eine Militärkonvention überhaupt die eigene Handlungsfreiheit und Staatsouveränität zu schmälern und einem fremden Staat entscheidenden Einfluß auf die eigenen Entschlüsse zu gewähren?

Die deutschen Minister hätten die Verpflichtung gehabt, ihr Veto gegen die Konvention einzulegen, aus ihrer Annahme eine Kabinettfrage zu machen.

Sie ermöglichen die Annahme der Konvention und leisteten dem Udrzal einen Dienst. Daß sie weiter Minister bleiben dürfen, ist der einzige Erfolg ihrer Kapitulation.

Staatliche Altersfürsorge.

... dankbar müßte man sein, daß für die ganz Alten wenigstens eine Staatsunterstützung gewonnen wurde.

Mit dem Gesetze vom 21. März 1929 über die staatlichen Altersunterstützungen glaubt der Bürgerblock seiner sozialen Pflicht gegenüber den arbeitsunfähigen Greisen und Greisinnen Genüge getan zu haben.

Die Bürokraten, denen wieder einmal die Entscheidung über die Lebensinteressen Tausender Menschen überantwortet wurde, stellen sich offenbar vor, daß man mit den 500 K_ö, die als Altersunterstützung gewährt werden, den ganzen Jahresaufwand eines Menschen restlos bestreiten kann.

Die Bürokraten, denen wieder einmal die Entscheidung über die Lebensinteressen Tausender Menschen überantwortet wurde, stellen sich offenbar vor, daß man mit den 500 K_ö, die als Altersunterstützung gewährt werden, den ganzen Jahresaufwand eines Menschen restlos bestreiten kann.

Stiftskateure Achtung!

Über das Stiftskateurgehäufte Gustav Ulrich in Kuffig ist wegen Vertragsverletzung die Sperre verhängt worden.

Denn es handelt sich nicht um einen Einzelfall, sondern um ein System. Und jenes berüchtigte Sparsystem, das die Millionen, die für militärische und überflüssige Repräsentationszwecke verschleudert werden, an den Ärmsten der Armen Kronen- und Hellerweise hereinbringen möchte.

„Die Bezirksbehörde in . . . weist Ihr Ansuchen vom 24./IV. 1929 um Zuerkennung der Altersunterstützung gemäß des Gesetzes vom 31./III. 1929, S. d. G. u. B. Nr. 43, ab, weil Ihr Lebensberuf a. 1./VII 1926 über von diesem Tage an derart beschaffen war, daß Sie weder gemäß des Gesetzes, Zahl 221/24, noch gemäß des Gesetzes, Zahl 148/25, einer Versicherung unterstanden.“

Hier offenbart der Herr Bezirkshauptmann neben anderen Eigenschaften auch eine profunde Gesetzeskenntnis. Das Gesetz fordert nicht, daß man einer Versicherung unterworfen müßte, sondern daß man ihrer teilhaftig war und der Referent des sozialpolitischen Ausschusses, Abgeordneter Malik, hat in Abwehr der Kritik unseres Genossen Padenberg gerade aus dieser Fassung abgeleitet, daß nicht nur Versicherungspflichtige, sondern auch ihre Angehörigen die Altersunterstützungen bekommen sollen.

„Außerdem beziehen Sie eine Armenunterstützung von 12 K_ö monatlich von der Heimatgemeinde.“

Hier geht sich der Bürokrat nicht nur über den Sinn des Gesetzes, sondern über den klaren Wortlaut hinweg. 12 Kronen monatlich, das sind 144 Kronen jährlich, die nach dem Gesetze auf die staatliche Unterstützung anzurechnen wären, aber doch nicht ihren Bezug überhaupt ausschließen! 50 Kronen müßte übrigens die Gemeinde — zufällig fällt diesmal Heimat- und Wohnort zusammen — als Beitrag zur staatlichen Altersunterstützung leisten, verbleiben also 94 Kronen, die der Staat von seiner fürstlichen Leistung abziehen könnte.

Wir wissen nicht, was die Landesbehörde als Berufungsinstanz zu den hier besprochenen Bescheiden sagen wird. Daß sie überhaupt möglich waren, ist ein Skandal, über den man nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

Afghanistan.

Kabul, 21. August. (Reuter.) Den letzten Nachrichten aus Afghanistan zufolge scheint sich die dortige Lage zu verschlimmern. S. A. b. i. b. U. l. l. a. h. verliert an Popularität; das Militär beginnt von ihm abzufallen.

Hundert Todesopfer einer Ueberschwemmung.

Teheran, 21. August. Wie aus Täbriz gemeldet wird, kamen bei den jüngsten Ueberschwemmungen an hundert Personen ums Leben. Etwa fünftausend Häuser wurden durch die Wasserfluten zerstört.

Erdbeben in Norditalien.

Rom, 21. August. Gestern früh gegen halb vier Uhr wurden in vielen Städten Norditaliens stärkere Erdbeben verspürt. Bisher ist keinerlei Schaden gemeldet worden.

Prozeß Zula.

Bratislava, 21. August. Im Prozesse gegen Dr. Zula und Genossen wurde heute als erster Zeuge der Sekretär der slowakischen Volkspartei, Johann K m e k verhört.

Zeuge U h l a r, Pfarrer der tschechoslowakischen Kirche in Liptovská Nadba, sagt über seine Anwesenheit bei der Uebung der Rodobrana in Bratislava aus, wo er auch über die Teilung der Sektionen von Bratislava und Sillein in Kommandos der Rodobrana sprechen hörte.

Der weitere Zeuge, Lubovit Bö l k h i, Oberstleutnant der Intendantur a. R., sagte über seine Beziehungen zu Oberstleutnant der Intendantur Kovats aus, den er darauf aufmerksam machte, daß Dr. Z v a n k a eine Photographie seines Schreibens an Belanský bestelle. Er möge sich darnach richten.

